

N i e d e r s c h r i f t

der 49. Sitzung des Hauptausschusses am 21.04.2004

ö f f e n t l i c h

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Zeit: 16:10 Uhr bis 17:45 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Ingrid Häußler	OB
Herr Bernhard Bönisch	CDU
Herr Thomas Godenrath	CDU
Herr Frank Sänger	CDU
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU
Frau Ute Haupt	PDS
Frau Marion Krischok	PDS
Herr Dr. Bodo Meerheim	PDS
Herr Klaus Müller	PDS
Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Gottfried Koehn	SPD
Frau Prof. Dorothea Vent	HAL
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UBF
Herr Mathias Weiland	HAL
Herr Friedemann Scholze	FDP
Herr Dieter Funke	
Herr Eberhard Doege	
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	
Frau Dagmar Szabados	
Herr Ralf Borries	
Herr Franz Stänner	
Frau Jane Unger	
Frau Annemarie Kraft	

Entschuldigt fehlen:

Herr Johannes Krause	SPD	vertreten durch Herr Biesecke, Tilo
----------------------	-----	-------------------------------------

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Die 49. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde eröffnet und geleitet von der Vorsitzenden des Hauptausschusses, Frau Oberbürgermeisterin Ingrid **H ä u ß l e r**. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** teilte mit, dass es zu folgenden Tagesordnungspunkten bei der Behandlung der Vorlagen in den Fachausschüssen zu gleichlautenden Voten gekommen sei und damit diese **Punkte entfallen: 4.2, 4.3, 4.5, 4.6, 4.8, 4.9, 4.10, 4.11, 4.13.**

Zu **vertagen** sei Punkt **4.4**, hier bestehe noch Bearbeitungsbedarf. **Aufzunehmen** sei Punkt **3.1** aus dem nichtöffentlichen Teil, da der Gegenstand der Vorlage im Stadtrat öffentlich behandelt worden sei.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Damit wurde folgende **T a g e s o r d n u n g** bestätigt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Feststellung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift vom 17. März 2004**

4. Vorlagen

4.1. Umsetzung der Akquisitionsinstrumente zur verstärkten Vermarktung der Landesheilanstalt Halle (LHA) im Wissenschafts- und Innovationspark Halle (WIP)

Vorlage: III/2004/03993

- 4.2. Umsetzung des Beschlusses des Stadtrates vom 25.06.2003 "Erarbeitung eines strategischen Konzeptes zur Einbindung der Stadt Halle (Saale) in das Bewerberkonzept der Stadt Leipzig um die Ausrichtung der Olympischen Spiele und Paralympischen Spiele 2012"

Vorlage: III/2004/04039 **zurückgezogen**

- 4.3. Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2004/2005 für das Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle

Vorlage: III/2004/03958 **zurückgezogen**

- 4.4. Wirtschaftsplan 2004/2005 für den Zeitraum vom 01.08.2004 bis 31.07.2005 für das neue theater/schauspiel halle

Vorlage: III/2004/03951 **zurückgezogen**

- 4.5. Mehrjährige Projektförderung des Zeit-Geschichte(n) e. V. von 2004 bis 2006

Vorlage: III/2004/03940 **zurückgezogen**

- 4.6. Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Vorhaben für die Vorbereitung und Durchführung des 1200jährigen Jubiläums der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2006

Vorlage: III/2004/04040 **zurückgezogen**

4.7. Erhebung einer Jahresgebühr für die Ausleihe von Medien in der Stadtbibliothek

Vorlage: III/2003/03597

- 4.8. Finanzplanung Straßenbahn Halle-Neustadt und Umbau Riebeckplatz

Vorlage: III/2004/04026 **zurückgezogen**

- 4.9. Baubeschluss Gestaltungsmaßnahme Riebeckplatz

Vorlage: III/2004/03908 **zurückgezogen**

- 4.10. Baubeschluss Bahnhofsvorplatz im Rahmen der Gestaltungsmaßnahme Riebeckplatz

Vorlage: III/2004/03907 **zurückgezogen**

- 4.11. Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2003 für den EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement

Vorlage: III/2003/03842 **zurückgezogen**

4.12. Ausgründung eines Betriebes zum Betrieb der kommunalen Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: III/2003/03336

- 4.13. Prioritäten von Diensten und Einrichtungen der Jugendhilfe

Vorlage: III/2004/03961 **zurückgezogen**

4.14. Personalangelegenheit

Vorlage: III/2004/04074

5. Anfragen von Stadträten

6. Mitteilungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 17. März 2004

Wortprotokoll:

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 48. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 17.03.2004.

Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die Niederschrift der 48. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses in der vorliegenden Form.

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 Umsetzung der Akquisitionsinstrumente zur verstärkten Vermarktung der Landesheilanstalt Halle (LHA) im Wissenschafts- und Innovationspark Halle (WIP)

Vorlage: III/2004/03993

Wortprotokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** informierte, der Finanzausschuss habe die Vorlage abgelehnt.

Frau **Prof. Vent**, HAL-Fraktion, meinte, der Etat sollte halbiert werden und die Hälfte davon zur Sicherung der Gebäude verwendet werden. In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Landesheilanstalt sollte geschaut werden, welche Aktivitäten wirklich sinnvoll seien.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** entgegnete, sie verstehe nicht, was man für die Vermarktung der ehemaligen Landesheilanstalt getan habe, wenn man die Sicherung der Gebäude vornehme. Seit acht Jahren versuche die Stadt, für diesen Komplex ein Konzept zu finden. Den kurzen verbleibenden Zeitraum könne man nur dafür nutzen, ein Vermarktungskonzept zu finden.

Herr **Dr. Franke**, Leiter Fachbereich Wirtschaftsförderung, erklärte, er habe keinerlei Zweifel an dem Angebot der Marketingagentur, das auch durch den Fachausschuss bestätigt worden sei.

Frau **Prof. Vent** erwiderte, man diskutiere hier ziemlich heftig um relativ kleine Summen, bei denen es darum gehe, für wenig Geld den größten Nutzen zu bringen. In diesem Punkt habe sie nicht den Eindruck, dass die vorgeschlagenen Dinge genau das seien, womit man den größten Erfolg für die Landesheilanstalt erzielen könne. Die aufgeführte Kostenkalkulation sei nicht nachvollziehbar.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** äußerte, die Verwaltung habe gedacht, sie erfülle den Auftrag des Stadtrates, indem der Bereich Wirtschaftsförderung mit den entsprechenden Instrumenten ausgestattet werde, um eine Akquisition durchführen zu können.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, fragte zu Punkt 2 des Beschlussvorschlages: Heiße das, die Mittel kommen aus dem Haushalt des Bereichs Wirtschaftsförderung oder die Mittel werden aus dem Gesamthaushalt 2004 diesem Bereich bereitgestellt?

Herr **Funke**, Beigeordneter Zentraler Service, bestätigte, die Mittel würden aus dem Haushalt des Bereichs Wirtschaftsförderung zur Verfügung gestellt.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, ging auf die bisherige Diskussion zu dieser Thematik im Finanzausschuss und auch im Stadtrat ein. Beschluss des Finanzausschusses sei es gewesen, entsprechende Haushaltsansätze um 50% zu kürzen; das sei es auch im Bereich der Wirtschaftsförderung um einen Betrag von rund 50 T€ gewesen. Im Finanzausschuss sei es deshalb schwer verständlich gewesen, dass auf der einen Seite betont worden sei, dass die gestrichenen Mittel wichtig für Dinge der Wirtschaftsförderung seien und im gleichen Atemzug jedoch 40 T€ aus dem gleichen Etat bereitgestellt werden können für dieses Objekt. Die Frage sei, ob es nicht sinnvoller sei, dieses Geld für andere Maßnahmen einzusetzen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erwiderte, das sei die falsche Frage. Der Bereich Wirtschaftsförderung könne sich nicht heraussuchen, was er mit den Mitteln mache – der Stadtrat habe den Auftrag erteilt, die Reste der ehemaligen Landesheilanstalt zu vermarkten.

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, ging auf die Grafiken im Anhang der Vorlage ein. Sollen in einzelnen Positionen Haushaltstitel verändert werden?

Herr **Dr. Franke** erläuterte die Grafiken. Umschichtungen seien innerhalb des bestehenden Budgets vorgenommen worden.

Frau **Prof. Vent** meinte, sie habe eine Vision: Es gäbe einen sehr aktiven Arbeitskreis Landesheilanstalt, es gäbe die Wirtschaftsförderung. Man sollte sich darauf verständigen, eine Summe bis zu 40 T€ anzusehen, konkrete Maßnahmen mit bestimmten Inhalt festlegen, schauen, ob man noch bessere Ideen finde. Könne man dies nicht gemeinsam machen?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** verwies darauf, dass man die Aufgabe vergeben müsse. Dabei müsse man jemanden finden, der auf Zuruf diese Aufgabe effektiv löse.

Herr **Prof. Schuh**, UB-Fraktion, meinte, mit großer Mühe habe man den Stadtrat dahin bewegt zu entscheiden, Vermarktungsaktivitäten zu unternehmen. Die Verwaltung habe ein Konzept vorgelegt, das seiner Meinung nach in Ordnung sei, und nun käme wieder Kritik. Man sollte die Stadt die Aktivitäten durchführen lassen und nicht alles wieder zerreden; das hindere andere nicht, sich auch weiterhin zu bemühen.

Herr **Koehn**, SPD-Fraktion, bat, diese Summe bei der Wirtschaftsförderung zu belassen, damit die Aufgabe erledigt werden könne.

Damit wurde die Diskussion abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis: bei 4 Nein-Stimmen
1 Enthaltung **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschlussvorschlag

1. Der Stadtrat beschließt die vorgeschlagene Umsetzung der Akquisition zur Vermarktung der Landesheilanstalt.
 2. Die dafür benötigten finanziellen Mittel in Höhe von 41.308,76 Euro werden aus dem geplanten Haushalt 2004 der Wirtschaftsförderung bereitgestellt.
-

zu 4.7 Erhebung einer Jahresgebühr für die Ausleihe von Medien in der Stadtbibliothek

Vorlage: III/2003/03597

Wortprotokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** informierte zu Ergänzungsempfehlungen durch Kulturausschuss und Finanzausschuss. In der Sache äußerte sie, aus dem zeitweiligen Ausschuss zur Funktional-, Verwaltungs- und kommunaler Strukturreform habe sie den Auftrag erhalten, dem Stadtrat Vorschläge zu unterbreiten, an welcher Stelle Saalkreisbürger zur Zahlung herangezogen werden könnten, wenn sie die Vorzüge der Stadt Halle genießen. In diesem Ausschuss habe die Verwaltung dargelegt, welche Möglichkeiten sich dazu bieten, u.a. Ausleihgebühr in der Bibliothek. In diesem Sinne habe die Verwaltung diese Vorlage erarbeitet. Nun stimmten dieselben Stadträte, die in diesem Ausschuss saßen, dafür ab, die Stadtverwaltung solle ein politisches Signal in den Saalkreis senden.

Herr **Weiland**, HAL-Fraktion, merkte an, er habe der Änderung im Kulturausschuss nicht zugestimmt.

Frau **Dr. Wünscher**, CDU-Fraktion, äußerte, der Auftrag des Ausschusses sei nicht gewesen, unterschiedliche Gebühren für Nutzer aus dem Saalkreis und der Stadt zu haben, der Auftrag sei eindeutig der gewesen, darüber nachzudenken, wie man mit dem Saalkreis ins Gespräch kommen könne, ob man wirklich zwei Bibliotheken brauche, zwei Volkshochschulen, zwei Musikschulen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** ergänzte, auf die Bitte dieses Ausschusses hin, seien sämtliche Fachbereiche der Verwaltung beauftragt worden, Vorschläge zu machen und zu analysieren, wo Leistungen von Saalkreisbürgern in Halle in Anspruch genommen werden und wo man einen Ansatzpunkt habe, überhaupt Unterschiede zu formulieren. Das Ergebnis dieser Bemühungen habe man im Ausschuss vorgestellt.

Herr **Koehn**, SPD-Fraktion, erklärte, beim Nachlesen der entsprechenden Protokolle werde klar, dass der Auftrag beide Komplexe umfasst habe, zum einen die Untersuchung, zum anderen aber auch die Einsparung von Geldern, die nicht an hallesche Bürger fließen.

Herr **Weiland** bemerkte, im Kulturausschuss hätten alle Mitglieder, gleich welcher Fraktion – außer ihm, dem Änderungsantrag von Herrn Kupke zugestimmt, für auswärtige Nutzer keine höheren Gebühren zu erheben. Er habe die Diskussion an dieser Stelle nicht verstanden.

Herr **Prof. Schuh**, UB-Fraktion, meinte, der Zeitpunkt sei nicht sehr günstig, diese symbolische Geste, wegen Peanuts, einzuführen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erwiderte, es sei Intention des Ausschusses gewesen, diese symbolische Geste, aber umgekehrt, einzuführen, endlich einmal deutlich zu machen, an welcher Stelle die Stadt Halle Angebote auch an den Saalkreis mache.

Herr **Prof. Schuh** warf ein, dass er dies im Augenblick für politisch nicht gut erachte.

Frau **Prof. Vent**, HAL-Fraktion, meinte, wenn man mit jemandem gemeinsam etwas wolle und denjenigen noch weiter verärgere, würden die Chancen für ein Miteinander nicht steigen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** entgegnete, die Stadt habe gar keine Chance, Gespräche würden nicht stattfinden.

Frau **Dr. Wünscher** meinte, punktuell jetzt die Stadtbibliothek herauszugreifen, weil diese gerade mit ihrem Konzept an der Reihe sei, sei die Frage, warum nicht bei den Musikschulen, bei den Volkshochschulen und bei allem, was noch in Frage komme. Wenn die Oberbürgermeisterin sage, sie habe es aufgegeben, dann noch zu denken, dass irgend etwas erreicht werden könne, was das angehe, dann wäre das eine prinzipielle Entscheidung.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** fragte, ob irgend ein Fakt genannt werden könne, auf dem sie aufbauen könnte, mit irgend einem Bürgermeister hier ins Gespräch zu kommen. Sie habe, angesichts der Diskussion des Fachausschusses, den Auftrag erteilt, auch bei der Musikschule diese Vorschläge zu machen. Die Verwaltung werde beginnen, die Leistungen der Stadt Halle, die für die Saalkreisbewohner mit angeboten werden, zu einem winzig erhöhten, hoch subventionierten Preis den Saalkreisbewohnern anzubieten.

Herr **Sänger**, CDU-Fraktion, erklärte, er verstehe das Thema Stadt-Umland als einen dynamischen Prozess, der vor zwei Jahren ein anderer gewesen sei, als er heute sei. Man habe einen Brief des Ministeriums aus Magdeburg, den man beantworten müsse und wo die Stadt Halle zunächst einmal sagen müsse, was sie wolle. Er sei der Meinung, es sei ein denkbar ungünstiger Zeitpunkt, jetzt das Schwert herauszuzahlen. Man täte gut daran, die Position der Stadt aufzuschreiben und ihre Forderung begründet an die Landesregierung zu geben. Der Stadtrat sollte dann hinter dieser Forderung stehen und sie so verteidigen, wie er meine, dass es für die Stadt am besten sei.

Herr **Koehn**, SPD-Fraktion, äußerte, seine Fraktion unterstütze die Linie, die die Stadtverwaltung begonnen habe. Man habe sehr lange auf unterschiedlichsten Ebenen mit dem Saalkreis gesprochen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** stellte die Änderungsanträge zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis zu Antrag gleiche Gebühren mehrheitlich z u g e s t i m m t

bei 5 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

zu Antrag 100%Verwendung Säumnisgebühren

mehrheitlich z u g e s t i m m t
bei 4 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

zu Vorlage in modif. Form: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**
bei 6 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
5 Enthaltungen

Beschlussvorschlag

1. Der Stadtrat beschließt, Jahresgebühren für die Ausleihe der Stadtbibliothek Halle (Saale) in der unter Punkt 3 der Vorlage genannten Höhe ab dem 01.06.2004 umzusetzen (Gleichstellung der haleschen und auswärtigen Nutzer).
 2. Der Stadtrat beschließt die entsprechende Gebührensatzung und die entsprechend geänderte Benutzungsordnung (Anlagen 4 und 5 der Vorlage).
 3. Der Stadtrat beschließt, dass zu den 50% der Einnahmen aus der Jahresgebühr (siehe Stadtratsbeschluss III/2003/03176) auch die 100% der Einnahmen aus Versäumnisgebühren zur Anschaffung neuer Medien zur Verfügung gestellt werden. Hierzu wird die Regelung unter Pkt. 1 der Begründung angewendet.
-

zu 4.12 Ausgründung eines Betriebes zum Betrieb der kommunalen Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: III/2003/03336

Wortprotokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** informierte, dass der Finanzausschuss zu Punkt 3 des Beschlussvorschlages keine Zustimmung gegeben habe.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** ging auf die zeitliche Entwicklung der Vorlage ein. Im Jugendhilfeausschuss sei ein Antrag beschlossen worden, aus dem dann Punkt 3 der Vorlage hervorgegangen sei. Es sei nie Intention gewesen, dass der Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen das Gebäudemanagement selbst übernehme. Im Finanzausschuss habe man Bedenken geäußert, dass der Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen „ausbüchsen“ und sich für das Handling des Gebäudemanagements auf dem freien Markt bedienen könne.

Herr **Prof. Schuh**, UB-Fraktion, meinte, Problem sei, dass die Übertragung der Kindertagesstätten als Immobilien an den Eigenbetrieb nicht wirklich Sinn mache. Für die Aufgabe einer Kindertagesstätte sei die Verwaltung von Gebäuden eine Fremdaufgabe.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** erläuterte, bei der Beantragung von Fördermitteln werde verlangt, dass sich Eigentum bei dem Antragsteller befindet. Bisher habe man keinen Eigenbetrieb ohne die Übertragung von Gebäuden, insofern sei der Antrag des Jugendhilfeausschusses konsequent. Das Management für die Gebäude werde beim ZGM liegen; es wäre von Seiten der Stadt unsinnig, die Aufgabe nach außen zu geben.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, meinte, bei Nichtübertragung der Gebäude würde der Eigenbetrieb de facto ohne Vermögen dastehen. Auch möchte er die Diskussion im Finanzausschuss erleben, wenn der Eigenbetrieb Kindertagesstätten die Gebäude des ZGM verschmähen würde und sich auf dem freien Markt bedienen würde.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, äußerte eine andere Ansicht. Jetzt sei die Verwaltung der Kindertagesstätten eine ganz normale Verwaltungseinheit wie manch andere in der Stadtverwaltung auch. Wenn jetzt die Übertragung der Gebäude an den Eigenbetrieb als eigenständiges Vermögen stattfinde, dann entstehe zwischen zwei Eigenbetrieben ein Vertragsverhältnis. Er sähe es durchaus als Vorteil an, dass der zukünftige Eigenbetrieb selbstständig handeln könne.

Herr **Prof. Schuh**, UB-Fraktion, erklärte, es gehe auch um die Frage, inwiefern städtische Kindertagesstätten auch konkurrenzfähig seien. Dazu gehöre auch ein entsprechendes Outfit und ein Interesse des Eigenbetriebes, sich in diesem Markt zu behaupten.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** entgegnete, sie finde es nicht richtig, dass die Anfangsphase des ZGM, die natürlich schwierig sei, als Begründung genommen werde, dass man so nicht arbeiten könne. Man müsse sich schon an die klare Argumentation halten, was man für Vorteile habe, wenn man Eigentümer der Gebäude sei.

Herr **Scholze**, FDP-Fraktion, äußerte seine Bedenken. Bei ihm sei während der Diskussion im Finanzausschuss der Eindruck entstanden, dass in der Abstimmung zwischen Verwaltung und ZGM noch teilweise Widersprüche bestehen. Er sähe kein Problem darin, den Eigenbetrieb Kindertagesstätten ohne Punkt 3 zu beschließen. Das würde nicht ausschließen, dass die nach seiner Auffassung offensichtlichen Unstimmigkeiten in den Standpunkten zwischen ZGM und dem Fachbereich von Frau Szabados ausgeräumt werden können und dann separat etwas vorgelegt werde, was auch nachvollziehbar sei.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erwiderte, diese Bitte sei nicht erfüllbar. Es sei doch klar, dass das ZGM um seine Aufgaben ringe; wenn man ihm die Gebäude der Kindertagesstätten wegnehme, entfalle ein Teil seiner Aufgabe.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** warf ein, diese Aufgabe falle nicht weg. Das ZGM führe über einen Vertrag alle bisherigen Aufgaben weiter. Der Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen habe ein großes Interesse daran, dass die Kindertagesstätten gut funktionieren und wettbewerbsfähig sind, auch gegenüber freien Trägern. Beim Vermieter ZGM wäre der Eigenbetrieb eine Einrichtung unter vielen, da sei nicht das unmittelbare Interesse da. Durch den Antrag des Jugendhilfeausschusses, der von der Verwaltung aufgenommen worden sei, werde der künftige Eigenbetrieb Kindertagesstätten zum Auftraggeber und das ZGM zum Auftragnehmer, und diejenigen, die das Hauptinteresse haben, können praktisch auch steuern.

Frau **Prof. Vent**, HAL-Fraktion, gab Herrn Dr. Meerheim Recht, mit einer höheren Eigenverantwortung könne ein viel größerer Effekt erreicht werden. Und wenn eine Bindung an das ZGM stattfinde, sei das zwar eine gewisse Einschränkung dieser Freiheit, sei aber ein Schritt in die richtige Richtung.

Herr **Sänger**, CDU-Fraktion, äußerte, wenn man ein ZGM errichtet habe, und das habe man gewollt, dann sollte man ihm auch die Verantwortung übertragen. Was man bisher immer für richtig gehalten habe, das müsse an der Stelle nicht mehr stimmen.

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, meinte, es sei völlig falsch zu unterstellen, dass das ZGM kein Interesse daran hätte, dass die Kindertageseinrichtungen funktionieren.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** brachte zum Ausdruck, dass es auch schwer gewesen sei, sie zu überzeugen. Sie akzeptiere die Tatsache, dass - wenn man jemanden finden wolle, der diese Verwaltung übernehme und natürlich eine gewisse Eigenständigkeit haben möchte, um erfolgreich mit den Dingen umgehen zu können - dieser möglicherweise bessere Karten beim ZGM habe als unsere Verwaltung bisher. Es gehe um eine gewisse Flexibilisierung, die dadurch erreicht werden könne; es bleibe ja kommunales Vermögen, nur in einer anderen Hand und das ZGM habe nach wie vor seine Aufträge.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** ergänzte, in Punkt 3 könnte man mit einem Halbsatz zu vertraglichen Regelungen zwischen ZGM und Eigenbetrieb Aussage treffen, wenn damit die Angst genommen werde, dass die Aufgaben sonst wohin gegeben werden.

Herr **Funke**, Beigeordneter Zentraler Service, äußerte, die Bedenken, dass der Eigenbetrieb Kita andere Unternehmen beauftragen könnte, könne man leicht ausräumen, indem man in den Dienstleistungsvertrag, der abgeschlossen werden müsse, eine Abnahmeverpflichtung für eine bestimmte Dauer mit aufnimmt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** stellte Punkt 3 des Beschlussvorschlages zur Abstimmung (nach dem Hinweis, dass über die Punkte 1 und 2 nicht abgestimmt werden müsse, da es dazu keine unterschiedlichen Voten gegeben habe.)

Abstimmungsergebnis zu Punkt 3: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

bei 9 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass neue Rahmenbedingungen hinsichtlich der Ausgründung des Betriebes der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) vorhanden sind.
 2. Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Stadtratbeschlusses (Vorlagen-Nr.: III/2003/02519) vom 21.08.2002 "Beschluss zur Änderung der Betriebsform für den Betrieb der Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)" und die Gründung eines Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips und unter Beibehaltung der vom Stadtrat beschlossenen Einsparziele.
 3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem zu gründenden Eigenbetrieb die Grundstücke und baulichen Anlagen der Kindertageseinrichtungen zu übertragen.
-

zu 4.14 Personalangelegenheit

Vorlage: III/2004/04074

Wortprotokoll:

Herr **Borries**, Leiter Fachbereich Recht, erläuterte die Vorlage. Der Stadtrat müsse, nachdem Herr Tepasse Widerspruch eingelegt habe, auch über den Widerspruch eine Entscheidung herbeiführen. Bisher gäbe es ein Urteil in einer vergleichbaren Angelegenheit aus dem Jahr 1986 beim Oberlandesgericht Münster; dort sei festgestellt worden, dass für die Entscheidung über den Widerspruch die gleiche Mehrheit wie bei der Entscheidung zur Abberufung erforderlich sei. Andere Verfahren würde er aus Rechtssicherheitsgründen für bedenklich halten.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, teilte diese Auffassung.

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, fragte nach möglichen Konsequenzen, wenn der Stadtrat eine andere Entscheidung treffe.

Herr **Borries** antwortete, wenn der Stadtrat gar nicht entscheide, könnte eine Untätigkeitsklage erhoben werden und der Stadtrat verpflichtet werden, in seiner nächsten Tagung über den Widerspruch zu entscheiden. Wenn der Stadtrat mit einer Mehrheit entscheide, die nicht 75% entsprechen, müsse man nach der dazu ergangenen Rechtsprechung davon ausgehen, dass der Stadtrat damit selbst seinen Abberufungsantrag aufgehoben hat und Herr Tepasse damit wieder im Amt sei.

Herr **Sänger**, CDU-Fraktion, fragte, ob rechtliche Auskunft beim Landesverwaltungsamt eingeholt worden sei; denn dort werde die Angelegenheit auch zur Genehmigung vorgelegt werden müssen.

Herr **Borries** antwortete, auch dort sei auf entsprechende Kommentierungen im Land Sachsen-Anhalt sowie das angeführte Gerichtsurteil verwiesen worden.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** fragte, ob die Gefahr bestehe, dass bei der nächsten Stadtratstagung, bei der dieser Punkt behandelt werde, nicht genügend Stadträte, die der Abwahl zugestimmt haben, anwesend sein werden.

Herr **Prof. Schuh**, UB-Fraktion, teilte mit, dass in seiner Fraktion diejenigen, die seinerzeit der Abwahl zugestimmt haben, den Widerspruch nicht zurückweisen werden.

Herr **Sänger** bat Herrn Prof. Schuh, in der Fraktion diese Angelegenheit noch einmal unter dem Gesichtspunkt, was diene der Stadt Halle, zu thematisieren,

Frau **Prof. Vent**, HAL-Fraktion, schlug vor, einen Zeitpunkt für die Behandlung der Vorlage im Stadtrat festzulegen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** bat, in den Fraktionssitzungen am kommenden Montag die Anwesenheitsfrage zu besprechen. Die Behandlung dieser Vorlage werde in der Stadtratstagung für den Zeitpunkt 17:00 Uhr vorgesehen.

Abstimmungsergebnis zur Vorberatung der Vorlage: einstimmig z u g e s t i m m t

Beschlussvorschlag :

- 1. Der Stadtrat weist den Widerspruch des Beigeordneten Rainer Tepasse vom 04.12.2003 gegen die Abberufungsmitteilung vom 04.11.2003 zurück.**
 - 2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Beigeordneten Rainer Tepasse die Widerspruchsentscheidung mitzuteilen.**
-

Zu 5 **Anfragen von Stadträten**

Wortprotokoll:

Frau **Dr. Wünscher**, CDU-Fraktion, fragte, wie sich die Verwaltungsspitze vorstelle, die Bestellung von Herrn Werner unter Einhaltung der Fristen im Mai im Stadtrat vorzunehmen.

Herr **Dr. Marquardt**, Beigeordneter für Kultur, Bildung und Sport, antwortete, eine entsprechende Vorlage, erarbeitet durch den Geschäftsbereich I, werde fristgemäß für die Maitagung eingereicht. Der Vertrag mit Herrn Werner werde nicht Bestandteil der Vorlage sein. Ziel der gegenwärtig mit Herrn Werner geführten Verhandlungen sei es, diese bis zum 18.05.2004 abzuschließen, um im Hauptausschuss am 19.05. entsprechend berichten zu können.

Frau **Dr. Wünscher** fragte, warum so viel Zeit gebraucht worden sei, um das zu tun, was jetzt getan werde.

Herr **Dr. Marquardt** entgegnete, für die diffizilen Dinge, die in Gesprächen zu erörtern gewesen seien, benötige man Zeit und Fingerspitzengefühl.

Frau **Dr. Wünscher** fragte, warum bei der Übergabe der Bewerbungsunterlagen zur Kulturhauptstadt Europas niemand aus dem Kulturausschuss eingeladen worden sei.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte eine Antwort zu. Die Einladung sei durch die Stadtmarketing GmbH erfolgt.

Herr **Weiland** äußerte, er habe eine Einladung erhalten, die er jedoch nicht wahrnehmen könne.

Herr **Dr. Marquardt** bestätigte, Mitglieder der Strategiekommission, zu der auch der Vorsitzende des Kulturausschusses und der Vorsitzende des Ausschusses für Planungs- und Umweltangelegenheiten gehört habe, seien eingeladen worden.

Frau **Dr. Wünscher** fragte, warum bestimmte Vertretungsregelungen für Ausschusssitzungen, die gerade in den letzten drei Wochen aufgetreten seien, so schlecht abgestimmt gewesen seien. Bei Kultur- und Theaterausschusssitzungen seien die Vertreter der Vertreter anwesend gewesen, und die Auskunftsfähigkeit sei nicht entsprechend gegeben gewesen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** nahm die Frage zur Auswertung auf. Während der Osterzeit hätten zwei Beigeordnete Urlaub gehabt, Herr Dr. Marquardt sei krank gewesen, so habe es Schwierigkeiten gegeben, die Teilnahme an Sitzungen abzusichern.

Frau **Dr. Wünscher** kam auf die Veranstaltungen anlässlich des Wolff-Jubiläums zu sprechen. Sie habe die Koordination der Veranstaltungen in dieser Woche gewundert; Von Sonntag bis Donnerstag habe es drei größere Happenings gegeben, bei denen man sich offensichtlich untereinander bei den unterschiedlichen Veranstaltungen nicht habe darauf verständigen können, ein gemeinsames großes Ereignis zu machen.

Am Sonntag sei der Beginn mit einem Empfang im Stadthaus gewesen, am Dienstag habe die Eröffnung und ein Empfang im Stadtmuseum stattgefunden und am Donnerstag das Ereignis in den Franckeschen Stiftungen. Es sei zu prüfen, ob man das nicht, auch gerade vor dem Hintergrund, dass alles Geld koste, hätte anders koordinieren können.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte eine Weiterleitung der Hinweise an den Arbeitskreis, der die Organisation getroffen habe, zu.

Frau **Dr. Wünscher** teilte weiterhin mit, sie habe es als sehr ärgerlich empfunden, wenn zu einer Ausschusssitzung eingeladen werde und der einzig wichtige Tagesordnungspunkt, der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs..., zwei Stunden vor der Ausschusssitzung gestrichen werde. So könne man mit der Zeit von Stadträten nicht umgehen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** riet, dies im Ausschuss auszuwerten.

Herr **Müller**, PDS-Fraktion, stellte fest, dass im Ratsinformation derzeit alle Vorlagen zur Verfügung stünden, es fehlten nur die Anlagen. Frau Unger habe einen Termin für die Arbeitsgruppe zugesagt. Stehe dieser bereits fest?

Frau **Kraft**, Leiterin Geschäftsstelle Stadtrat, informierte, die Arbeitsgruppe werde im Mai einberufen.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

zu 6 Mitteilungen

Wortprotokoll:

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit und Umwelt, erinnerte an einen Antrag der UB-Fraktion (Errichtung einer Verkehrsberuhigungsschikane in der Agnes-Gosche-Straße), der in entsprechende Ausschüsse verwiesen worden sei. Die Verwaltung habe in ihrer Stellungnahme ein Prüfergebnis mitgeteilt.

Sollte in den Ausschussberatungen beantragt werden, eine solche Schikane einzubauen, weise er darauf hin, dass sich diese Frage im sogenannten übertragenen Wirkungskreis abspiele, d.h. darüber könne der Stadtrat nicht befinden.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** teilte mit, dass die Verwaltung der Meinung sei, dass der laut Stadtratsbeschluss vom August 2003 fällige Informationsbericht über die Umsetzung der Leitlinien der Behindertenpolitik und deren Handlungsempfehlungen nicht wie vorgesehen im Mai auf die Tagesordnung des Stadtrates gesetzt werden sollte, sondern im Zusammenhang mit dem Welttag für behinderte Menschen im Herbst gegeben werden sollte.

Frau **Haupt**, PDS-Fraktion, wies darauf hin, dass in diesem Zusammenhang die Problematik Umbau des Marktplatzes (HAVAG, Rampen) mit erörtert werden sollte. Sie halte es für wichtig, dass dazu eine Aussage getroffen werde.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** sagte zu, darüber im Sozialausschuss im Mai zu informieren.

Herr **Dr. Marquardt**, Beigeordneter für Kultur, Bildung und Sport, äußerte sich zum Stand der Gespräche mit dem Land in Bezug auf die Theater- und Orchesterverträge.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** riet, Aussagen zu dieser Thematik dem Kulturausschuss schriftlich vorzulegen

Sie entschuldigte sich, Herrn Stänner, Pressesprecher der Stadt, nicht zu Beginn der Sitzung vorgestellt zu haben und begrüßte ihn in der Runde des Hauptausschusses.

Weitere Mitteilungen wurden nicht abgegeben.

Die Vorsitzende des Hauptausschusses beendete die 49. öffentliche Sitzung.

Ingrid Häußler

Oberbürgermeisterin
und Vorsitzende des Hauptausschusses

Kraft
Protokollführerin

